

Bürgermeisterwahlen 2006 in Costa Rica

- Sieg der Sozialdemokraten und Aufwärtstrend der Christlichen Demokraten -

Am vergangenen 03. Dezember wurden zum zweiten Mal nach 2002 die Bürgermeister (sowie Stadtteilverteter) des Landes in direkter Wahl bestimmt.

Rd. 2,6 Millionen Wahlberechtigte waren aufgerufen, neben den 81 Bürgermeistern (in einigen Wahlbezirken nennen sie sich Intendenten) jeweils zwei Stellvertreter sowie weitere rd. 2.350 Gemeindevertreter auf Stadtteilebene samt ihrer Stellvertreter zu wählen. Für die 4.852 Wahllokale wurden rd. 30.000 Wahlvorstände von den Parteien nominiert. Erstmals setzte das Oberste Wahlgericht – das in Costa Rica Verfassungsrang hat und während des Wahlprozesses die öffentliche Hoheitsgewalt innehat – zusätzlich rd.10.000 bezahlte Wahlhelfer ein, da die Parteien nicht die Besetzung der gesamten Wahlvorstände sicherstellen konnten. Weitere 3.000 Personen waren mit der Datenübertragung und –verarbeitung beschäftigt.

45 der insgesamt 57 im offiziellen Wahlregister eingeschriebene Parteien stellten rd.16.000 Kandidaten für die insgesamt rd. 5.000 anstehenden Wahlämter auf. Damit beteiligten sich rd. 60.000 Bürger direkt am Wahlprozess.

Die Wahlen vollzogen sich in einem ruhigen Klima und die Wahlbeteiligung lag mit rd. 24 % (oder 600.000 gültigen Stimmen) knapp über dem Anteil bei den letzten Wahlen im Dezember 2002. Neben nationalen Wahlbeobachtern gab es auch eine kleine 20-köpfige internationale Beobachter-Delegation.

Die regierenden Sozialdemokraten lösen die Christdemokraten als dominierende politische Kraft auf kommunaler Ebene ab

Auf der Basis von rd.90 % der ausgezählten Stimmen (ein Endergebnis wird es erst geben, wenn sämtliche Wahlurnen zentral im Obersten Wahlgericht per Hand ausgezählt sind) gab es einen klaren Sieg für die regierende sozialdemokratische Partei von Präsident Oscar Arias. Seine PLN (Partei der Nationalen Befreiung) kann ab dem kommenden Februar in 60 der 81 Kantone des Landes den Bürgermeister stellen.

Bereits bei den Stadtrats-Wahlen vom Februar 2006 hatte sie auch 228 der 503 Stadtratsmandate im Land errungen.

Der Abstand zur christlich-demokratischen PUSC (Partei der Sozial-christlichen Einheit) als zweitstärkster Kraft ist beträchtlich. Sie kam auf 11 Bürgermeister und konnte damit lediglich etwa ein Viertel ihrer 2002 errungenen Ämter verteidigen.

Die restlichen 10 Bürgermeisterämter entfallen auf die linkssozialistische PAC (Partei der Bürgeraktion) mit fünf Mandaten, auf die zentristische PUN (Partei der Nationalen Union) und die liberale ML (Liberale Bewegung) mit je einem Mandat. Von den 24 lokalen Parteien konnten lediglich drei je ein Mandat für sich entscheiden.

Abbildung 1: Übersicht Stadtrats- und Bürgermeistermandate 2002 und 2006

Partei	Kommunalwahlen 2002		Kommunalwahlen 2006	
	Stadträte Februar 2002	Bürgermeister Dezember 2002	Stadträte Februar 2006	Bürgermeister Dezember 2006
PLN	178	27	228	60
PUSC	178	48	59	11
PAC	101	1	142	5
ML	14	-	37	1
Sonstige	30	5	37	4
Gesamt	501	81	503	81

Quelle: Angaben des Obersten Wahlgerichts (TSE)

Erhöhter Druck auf Wahlrechtsreform und Dezentralisierungsprozess durch die geringe Wahlbeteiligung

Als Gründe für die enttäuschende Wahlbeteiligung führen die Parteien vor allem den Wahlzeitpunkt sowie die fehlende Einbeziehung der Bürgermeisterwahlen in die staatliche Wahlkampffinanzierung an.

Das geltende Wahlgesetz – das auch gleichzeitig die politischen Parteien rechtlich regelt - stammt aus den 50er Jahren (als die Zahl der Wahlberechtigten bei rd. 300 lag) und wurde bislang lediglich 1998 in der Form reformiert, daß die Bürgermeister- und Stadtratswahlen in zeitlich getrennten Wahlgängen durchgeführt werden. Neben der kommunalen und der zentralen Ebene gibt es in Costa Rica – nicht wie anderen Ländern der Region üblich – keine weitere intermediäre Ebene. Eine angesichts der veränderten gesellschaftspolitischen Situation des Landes dringend erforderliche Novellierung wurde vom Obersten Wahlgericht im Jahre 2001 dem Parlament zugeleitet, bis heute aber nicht verabschiedet. Gegenwärtig versucht eine Parlamentskommission einen konsensfähigen Reformentwurf zu erarbeiten.

Die Bürgermeisterwahlen sind damit weiterhin von den Stadtratswahlen abgeoppelt, die zusammen mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen erfolgen. Dadurch werden nicht nur die Bürgermeisterwahlen politisch entwertet, es bilden sich auch unterschiedliche politische Konstellationen und Reibungsverluste auf lokaler Ebene, die das Funktionieren der Kommunalverwaltung erschweren.

Hinzu kommt die allgemeine Schwäche der kommunalen Ebene im politischen Aufbau des Landes. Das betrifft nicht nur die Positionierung der Dezentralisierung in der politischen Agenda der Entscheidungsträger des Landes sondern auch die starke Verankerung des staatlichen Zentralismus und der Unkenntnis über die Rolle der Kommunalverwaltungen in der Umsetzung der staatlichen Politik im bürgerlichen Bewußtsein.

Der bezüglich der Stärkung der kommunalen Ebene bestehende Reformstau hat nun zwei-fellos die politischen Parteien und Entscheidungsträger eingeholt.

Die Herausforderungen für Wahlrechtsreform und Dezentralisierungsprozess sind offensichtlich:

- Zusammenlegung der einzelnen Wahlprozesse auf kommunaler Ebene (Bürgermeister, Stadträte, Bezirksvertreter) zur Hälfte der Amtszeit von Regierung und Parlament und Modernisierung des Wahlprozesses
- Schaffung von Mitbestimmungsmechanismen der Bürger auf kommunaler Ebene (Zulassung kommunaler Wählergemeinschaften, Volksabstimmungen etc.) und Einbeziehung des Kommunalwahlen in die staatliche Wahlkampffinanzierung
- verstärkte staatsbürgerliche Bildung über Bedeutung, Kompetenzen und Rolle der Kommunalverwaltungen in der Demokratie
- Ausrichtung der Kompetenzen der Kommunalverwaltungen auf die Lebensqualität der Bürger (Umweltschutz, Stadtplanung etc.) sowie Professionalisierung der Kommunalverwaltungen
- Ausbau der Finanzierungsbasis der Kommunen. Gegenwärtig werden 1,7 % des öffentlichen Haushalts von den rd. 6.500 kommunalen Mandatsträgern (Bürgermeister, Stadträte, Bezirksvertreter) entschieden, während 60 nationale Mandatsträger (Präsident, 2 Vize-Präsidenten und 57 Abgeordnete) über die Verwendung von 98,3 % der öffentlichen Mittel befinden.

Wahlniederlage der PAC - Rückkehr zum Zwei-Parteien-System ?

Obwohl sie ihre Stimmenanzahl gegenüber den Wahlen von 2002 ausbauen konnte, gelang es der PAC nicht, sich nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Februar 2006 als zweitstärkste politische Kraft auf auch auf kommunaler Ebene zu etablieren. Mit einem Stimmenanteil von rd. 14 % ist sie hinter die PUSC zurückgefallen, obwohl sie noch bei den Wahlen vom Februar 2002 hauchdünn die Präsidentschaft verpaßt hatte und als stärkste Oppositionskraft in das Parlament einzog. Gründe für ihre Niederlage sind die fehlenden Organisationsstrukturen sowie ihre fehlende Meinungsführerschaft in der politischen Debatte. Vonseiten der PAC wird zudem die Politik als Synonym für alles Schlechte, Korrupte etc. verwandt, was eine glaubwürdige Beteiligung an politischen Prozessen erschwert. Die Wähler scheinen ihrem ethischem Fundamentalismus und den antiquierten staatswirtschaftlichen Konzepten kein Vertrauen zu schenken.

Damit hat sich offensichtlich erneut eine politische Dominanz der beiden Alt-Parteien PLN und PUSC herausgebildet. Diese kündigte sich bereits nach den Stadtratswahlen von 2006 an, als beide Parteien sich in Koalitionen für die Präsidentschaft der Stadtparlamente zusammenfanden, was dazu führte, daß PLN oder PUSC insgesamt 63 der 81 Stadtparlamente anführen.

Abbildung 2: Übersicht über die gemeinsamen Stimmen- und Mandatsanteile der beiden Alt-Parteien PLN und PUSC 2002 und 2006

	Bürgermeisterwahlen 2002	Präsidentenschaftswahlen 2006	Parlamentswahlen 2006	Stadtratswahlen 2006	Bürgermeisterwahlen 2006
Stimmenanteil	68,70%	44,40%	44,30%	44,50%	63,10%
Mandatsanteil	92,60%	--	52,60%	57,10%	87,60%

Quelle: Angaben des Obersten Wahlgerichts (TSE)

Optimismus bei der PUSC

Nach den beiden katastrophalen Wahlniederlagen bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Februar 2006 konnte sich die PUSC mit einem Stimmenanteil von rd. 18 % auf kommunaler Ebene als stärkste politische Kraft der Opposition stabilisieren, obwohl sie nur in 46 der 81 Kantone Kandidaten aufgestellt hatte. Sie gefährdet zwar nicht die dominierende Regierungspartei PLN, liegt aber weit vor der PAC.

Abbildung 3: Übersicht über die Stimmen- und Mandatsanteile der PUSC 2002 und 2006

	Bürgermeisterwahlen 2002	Präsidentenschaftswahlen 2006	Parlamentswahlen 2006	Stadtratswahlen 2006	Bürgermeisterwahlen 2006
Stimmenanteil	35,50%	3,50%	7,80%	8,80%	17,70%
Mandatsanteil	59,30%	--	8,80%	11,70%	13,60%

Quelle: Angaben des Obersten Wahlgerichts (TSE)

Der existenzbedrohende Erosionsprozess wurde aufgehalten und ein Neubeginn in der Parteiarbeit eingeleitet. In der traditionell von nationalen Führungspersonlichkeiten bestimmten Partei gewinnt die Parteibasis zunehmend an politischem Gewicht. Die errungenen Mandate auf nationaler und kommunaler Ebene der PUSC eine – wenn auch reduzierte – politische Gestaltungskompetenz.

San José, Dezember 2006

Reinhard Willig